



An den Grossen Rat

14.5396.02

ED/P145396

Basel, 3. Dezember 2014

Regierungsratsbeschluss vom 2. Dezember 2014

Schriftliche Anfrage Joël Thüring betreffend «Jugendbefragung 2013: Ist ein Konzept für mehr Sicherheit geplant und könnten Jugendliche eingebunden werden?»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Joël Thüring dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Der vom Erziehungsdepartement Basel-Stadt und dem Statistischen Amt Basel-Stadt veröffentlichten Jugendbefragung 2013 ist u.a. zu entnehmen, dass jeder zweite Jugendliche bewusst bestimmte Orte wie dunkle Gassen, abgelegene Orte und Parkanlagen meidet. Insgesamt 1/3 der befragten Jugendlichen fühlen sich am Abend nicht sicher genug.

Der Antragende bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was unternimmt der Regierungsrat um die angesprochene Situation im Zusammenhang mit der öffentlichen Sicherheit für die Jugendlichen in Basel-Stadt zu verbessern?
2. Ist der Regierungsrat bereit, dem Parlament ein entsprechendes Konzept und ein Massnahmenplan vorzulegen, welche aufzeigen, was unternommen wird, damit sich besagte Situation objektiv aber auch subjektiv verbessert (bspw. in Bezug auf Polizeipräsenz, Beleuchtungskonzept von Parkanlagen etc.)?
3. Erachtet es der Regierungsrat für allenfalls sinnvoll und realistisch, dass zur Ausarbeitung eines solchen Konzeptes auch Jugendliche an einen Runden Tisch eingeladen und so ihre Ängste, v.a. aber auch ihre Ideen, aufgenommen werden resp. dann in das Konzept einfliessen könnten?
4. Falls ja, könnte sich der Regierungsrat vorstellen, dass er Jugendliche verschiedenster sozialer und ethnischer Herkunft an den Schulen zur Teilnahme rekrutieren und motivieren könnte und nicht «nur» Jungparteien resp. Jugendorganisationen wie bspw. der Junge Rat in die mögliche Ausarbeitung einbindet?»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Einleitung

Die Jugendbefragung wurde 2013 zum zweiten Mal durchgeführt. 1'038 Schülerinnen und Schüler wurden im September 2013 in 58 zufällig ausgesuchten Klassen aus 34 Schulhäusern der Orientierungsschule, der Weiterbildungsschule, des Gymnasiums, der Schule für Brückenangebote sowie der Berufsschule im Kanton Basel-Stadt schriftlich befragt zu Themen wie «Leben in Basel-Stadt», «Freizeitverhalten», «Schule und Ausbildung» oder «Mobilität und Sicherheit». Die

Befragung wird im Abstand von vier Jahren wiederholt. Dies ermöglicht es, längerfristige Entwicklungen abzulesen. Die Befragung der Jugendlichen ist eine Ergänzung zur Bevölkerungsbefragung und dient der Überprüfung und Optimierung der Kinder- und Jugendpolitik.

Die Resultate der Jugendbefragung wurden an einer Medienkonferenz am 21. August 2014 der Öffentlichkeit präsentiert. Die schriftliche Anfrage bezieht sich auf eine Information aus der Medienmitteilung: «Jeder Zweite meidet bewusst bestimmte Orte in Basel, vor allem dunkle Gassen, abgelegene Orte und Parkanlagen. Insgesamt sind es 31,8% der befragten Jugendlichen, die sich am Abend nicht sicher fühlen.»

Die entsprechenden Fragen erkundeten das subjektive Sicherheitsempfinden der Jugendlichen. Dieses hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie zum Beispiel Alter, Geschlecht, Ausgehverhalten oder auch Berichterstattung in den Medien über das Thema.

2. Zu den Fragen

1. Was unternimmt der Regierungsrat um die angesprochene Situation im Zusammenhang mit der öffentlichen Sicherheit für die Jugendlichen in Basel-Stadt zu verbessern?

Gewalt, Kriminalität, aber auch entsprechende Ängste sind vielschichtige Phänomene, auf die im Kanton Basel-Stadt mit entsprechend vielseitigen Massnahmen eingegangen wird. Das Ressort «Besondere Prävention» der Kantonspolizei ist eine wichtige Anlaufstelle im Zusammenhang mit der öffentlichen Sicherheit für die Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt. Es umfasst die Jugend- und Präventionspolizei (JPP) und das Team Prävention gegen Gewalt (PgG). Die aktive Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen in Kindergärten, an Schulen und im Freizeitbereich steht im Zentrum. Die JPP ist schwerpunktmässig im öffentlichen Raum unterwegs und trifft die Jugendlichen an deren Treffpunkten oder Veranstaltungen. Diese aufsuchende polizeiliche Jugendarbeit findet regelmässig an allen Wochentagen – zu Tages- und Nachtzeiten – statt. An Freitag- und Samstagabenden ist die JPP zudem in zivil unterwegs. Das interdisziplinär zusammengesetzte Team PgG steht primär den Basler Schulen mit Schulungen, Kriseninterventionen, Stopp-Gewalt- und Konflikttrainings zur Verfügung.

Seit dem vergangenen Jahr steht zudem das «Einsatzelement Brennpunkte» im Einsatz. Die «Brennpunktpolizei» unterstützt und verstärkt die ordentlichen Polizeikräfte. Sie arbeitet eng mit der für die Grundversorgung zuständigen Sicherheitspolizei und der Jugend- und Präventionspolizei zusammen. Zwischen den uniformierten Patrouillen und den Mitarbeitern der Jugend- und Präventionspolizei findet ein regelmässiger Informationsaustausch statt. Die erhöhte sichtbare Präsenz führte in der Innenstadt, aber auch in den Aussenquartieren bereits zu ersten präventiven wie auch repressiven Erfolgen. Die deutlich sicht- und spürbar erhöhte Polizeipräsenz in den Abend- und Nachtstunden – vor allem auch zu Fuss – wird gerade von den Jugendlichen wahrgenommen, die Polizistinnen und Polizisten oft direkt angesprochen. Die Einsatzkräfte fungieren bei Problemen oder Bedrohungen als Anlaufstelle für die Jugendlichen.

2. Ist der Regierungsrat bereit, dem Parlament ein entsprechendes Konzept und ein Massnahmenplan vorzulegen, welche aufzeigen, was unternommen wird, damit sich besagte Situation objektiv aber auch subjektiv verbessert (bspw. in Bezug auf Polizeipräsenz, Beleuchtungskonzept von Parkanlagen etc.)?

Der Regierungsrat tritt der Auffassung entgegen, die Sicherheit könne mit *einem* umfassenden Mittel propagiert und garantiert werden, etwa einem neuen Konzept für mehr Sicherheit von Jugendlichen. Es werden laufend Massnahmen ergriffen, damit sich die Gesamtbevölkerung – also auch Jugendliche – sicher fühlt.

3. Erachtet es der Regierungsrat für allenfalls sinnvoll und realistisch, dass zur Ausarbeitung eines solchen Konzeptes auch Jugendliche an einen Runden Tisch eingeladen und so ihre Ängste, v.a. aber auch ihre Ideen, aufgenommen werden resp. dann in das Konzept einfließen könnten?

Wie oben beschrieben, erachtet der Regierungsrat ein Konzept für mehr Sicherheit von Jugendlichen für nicht zielführend. Es ist aber wichtig, dass die Ängste und die Ideen und Vorstellungen der Bevölkerung angehört werden. Solche Prozesse sollten aus Initiativen zum Beispiel aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder aus den Kontaktstellen in den Quartieren entstehen.

4. Falls ja, könnte sich der Regierungsrat vorstellen, dass er Jugendliche verschiedenster sozialer und ethnischer Herkunft an den Schulen zur Teilnahme rekrutieren und motivieren könnte und nicht «nur» Jungparteien resp. Jugendorganisationen wie bspw. der Junge Rat in die mögliche Ausarbeitung einbindet?

Aus den dargelegten Gründen hält es der Regierungsrat nicht für sinnvoll, einen solchen Prozess zu initiieren.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin